

Kiesabbaufläche um zehn Hektar verkleinert

Planverfahren: Firma legt geänderten Antrag vor. Stadt will bei Ablehnung bleiben

VON JÖRG STUKE

■ **Bad Oeynhausen.** Die Gut Deesberger Kiesgewinnungs-GmbH & Co.KG hat der Bezirksregierung einen Nachtrag zu ihrem Antrag auf Kies- und Sandabbau in Rehme vorgelegt. Demnach soll die Abbaufäche deutlich kleiner werden als ursprünglich beantragt.

Bernhard Kuhn und Werner Friedhoff von der Anliegergemeinschaft gegen den Kiesabbau hatten schon Anfang des Jahres angekündigt, dass ein Grundstückseigentümer sein Land nicht mehr für den Kiesabbau hergeben will. Dementsprechend hat die Gut Deesberger Kiesgewinnungs-GmbH nun ihren Antrag modifiziert. Die Einzelheiten dazu werden dem Ausschuss für Stadtentwicklung in der Sitzung am 4. Februar vorgestellt.

Wesentliche Änderung gegenüber dem ursprünglichen Antrag ist die Herausnahme von Flächen nördlich der Weserstraße und der Erhalt der Weserstraße. „Die Fläche reduziert sich aufgrund von Nichtverfügbarkeit eines Flurstücks von 44 Hektar auf rund 34 Hektar“, heißt es in der Vorlage für den Ausschuss. „Die Weserstraße, die in diesem Bereich als Rettungsweg dient, bleibt erhalten und stellt die nördliche

Abgrenzung der Abbaufäche dar. Der Abbaue Zeitraum verringert sich auf elf bis zwölf Jahre“, heißt es von Seiten der Verwaltung, die von der Bezirksregierung in Detmold über die Änderungen informiert wurde.

Aufgrund des kleineren Abbaufeldes haben sich nach Einschätzung des Gutachters auch die Probleme beim Hochwasserschutz verringert. Sie seien nun als „unerheblich“ einzustufen.

Die Stadt muss bis zum 29. Februar eine Stellungnahme gegenüber der Bezirksregierung abgeben, die für das Vorhaben zuständige Genehmigungsbehörde ist. Die Verwaltung schlägt den Ausschussmitgliedern vor, das Projekt Kiesabbau nach wie vor abzulehnen und die Bezirksregierung aufzufordern, das Verfahren bis zu einer abschließenden rechtlichen Klärung der Lärmproblematik ruhen zu lassen.

Hintergrund dafür ist die Petition der Bürgerbewegung gegen den Kiesabbau. Die hat die Landesregierung zum Anlass genommen, im Bundesrat eine Gesamtbetrachtung der Lärmbelastungen bei Planverfahren einzufordern. Denn das sei notwendig, um einen ausreichenden Gesundheitsschutz für die Bevölkerung sicherzustellen, so die Landesregierung.

VON HEIDI FROREICH

■ **Bad Oeynhausen.** Gleich zu Beginn der ersten Sitzung bekommen Rat und Verwaltung Lob: „Wie schön, dass Sie uns Bürgern offiziell die Möglichkeit geben, mit Ihnen gemeinsam Lärm zu bekämpfen“, sagt Wilhelm Flottmann. Bisher musste er seine Klagen gegen die hohe Lärmbelastung durch die Bahn privat vorbringen, jetzt kann er das in einem anerkannten Gremium. Flottmann ist Mitglied im neuen Lärmschutzbeirat.

17 Bürger hatten sich um eine Beteiligung beworben – vier wurden ausgewählt. Neben Flottmann werden Hans-Dieter Fraatz, Klaus Matthias und Werner Friedhoff mitwirken. „Fachkompetenz“, nennt Arnold Reeker, Fachbereichsleiter Bauen und Verkehr sowie

Vorsitzender des Gremiums, als wichtigstes Auswahlkriterium. Berufliche Qualifikation gehört dazu, aber eben auch spezielle Sachkenntnis. So wie sie sich Wilhelm Flottmann in Sachen Bahnlärm erworben hat – oder auch Werner Friedhoff. Er ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Babbenhausen. „Wir wollen den Kiesabbau an der Weser verhin-

dern“ nennt er als vorrangiges Ziel. Weil das mit erheblichem Lärm für die Anlieger verbunden ist – zusätzlich zu dem Krach, den die Bewohner in Babbenhausen und Rehme ohnehin schon durch die Autobahn erleiden.

„Die Gesamtbetrachtung ist entscheidend“, ist er sicher und präsentiert gleich in der ersten Sitzung umfangreiches

Datenmaterial. Die Landesregierung sieht das ähnlich, hat eine entsprechende Gesetzesänderung angekündigt (die NW berichtete).

Reeker sieht darin aber auch einen wichtigen Hinweis auf die künftige Arbeit des Beirats. Der soll nicht nur die gesamte Stadt Bad Oeynhausen im Blick behalten, sondern sich auch übergeordneten Lärm-

problemen widmen. Beispielfa nannte er den Krach, den der Durchgangsverkehr in Bad Oeynhausen verursacht. Oder aber die Belastung der Innenstadt – eben nicht nur durch den Autoverkehr auf der Mindener Straße, sondern durch Nord- und Südbahn.

„Bad Oeynhausen ist verlärm, es gibt keine Oasen der Ruhe“, sind sich alle Mitglieder des neuen Beirats einig. Jedes Mitglied hatte zuvor Beispiele persönlicher Betroffenheit genannt. Auch das eine gute Voraussetzung für eine effektive Mitarbeit im Beirat.

Der will ja nicht nur intern Wissen und Erfahrungen austauschen. „Empfehlungen an den Ausschuss für Stadtentwicklung“ soll der Beirat aussprechen. Und die sind sicher konkret, wenn man ein Problem selbst erlebt.

Bürger helfen mit Fachkenntnis und Engagement

1. Sitzung: Neuer Lärmschutzbeirat legt seine Arbeitsschwerpunkte fest. Ausschuss für Stadtentwicklung soll viele konkrete Empfehlungen erhalten



Bürgerbeteiligung: In dem von Arnold Reeker (v. l.) geleiteten Lärmschutzbeirat arbeiten Werner Friedhoff, Hans-Dieter Faatz, Wilhelm Flottmann und Klaus Matthias mit.

FOTO: HEIDI FROREICH